

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #20/2016

11. Juni 2016

Die Fragen stellte Qixuan Yang aus der VR China, derzeit Student der Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz.

Qixuan Yang:

Frau Bundeskanzlerin, Sie reisen an diesem Wochenende zu den 4. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen nach Peking. Was ist das wesentliche Ziel bei diesen Konsultationen? Und dazu gleich noch eine konkrete Frage: Bei den 3. Konsultationen 2014 wurde beschlossen, dass Anfang 2015 bilaterale Cyber-Konsultationen stattfinden sollten. Im März dieses Jahres hat der deutsche Botschafter in China jedoch mitgeteilt, dass China bislang noch keinen Verhandlungspartner ernannt hat. Gibt es neue Fortschritte bei den Cyber-Konsultationen? Und wie wichtig sind sie Ihnen?

Bundeskanzlerin Merkel:

Also, erst einmal sind die Regierungskonsultationen mir sehr wichtig, weil wir es seitdem geschafft haben, unsere Zusammenarbeit auf eine viel breitere Grundlage zu stellen. Sehr, sehr viele Ressorts machen Programme, und damit ist der Raum, den wir für die Zusammenarbeit nutzen, viel größer geworden. Wir haben jetzt auch einen Aktionsrahmen festgelegt – mit 110 Projekten, und das wird regelmäßig überprüft. Wenn man Regierungskonsultationen hat, muss man auch in jedem Jahr gucken: Wie steht es um die Dinge? Und das hilft uns dann auch voran. Das angesprochene Thema Cyber-Dialog – da gibt es durchaus schon einen Dialog, aber noch nicht in der Intensität. Ich werde jetzt mit dem Ministerpräsidenten das Thema noch einmal ansprechen. Und dann, bin ich ganz überzeugt, werden wir eine gute Lösung finden.

Die deutsch-chinesischen Beziehungen sind eng mit den europäisch-chinesischen verbunden. Die EU ist der wichtigste Handelspartner Chinas, aber es gibt doch Probleme. Die EU wird verstärkt gegen Billigimporte der chinesischen Stahlindustrie vorgehen und kündigt an, Anti-Dumping-Zölle zu erheben. China sieht darin einen Verstoß gegen die Regeln der Welthandelsorganisation. Verhält sich die EU Ihrer Ansicht nach richtig, und wird die Bundesregierung mögliche Sanktionen gegen China unterstützen?

Wir haben in der Tat sehr enge Beziehungen – nicht nur zwischen Deutschland und China, sondern auch zwischen der Europäischen Union und China. Alle Mitgliedstaaten, aber auch die Kommission, führen natürlich viele Dinge durch. Wir haben im Augenblick eine sehr komplizierte Situation auf dem Stahlmarkt. China ist inzwischen einer der großen Stahlproduzenten der Welt; produziert etwa 50 Prozent der Stahlmenge. Und das beeinflusst auch unsere Unternehmen. Und deshalb ist es die Aufgabe der Kommission, auch bei strittigen Dingen zu schauen: Gibt es hier solche Notwendigkeit für Anti-Dumping-Verfahren? Wir werden uns strikt auf der Grundlage der Welthandelsorganisation verhalten – da kann ich für die Kommission wirklich die Hand ins Feuer legen, sozusagen. Und ich werde das Thema „Stahl“ auch bei meinem Besuch ansprechen, weil es für alle europäischen Mitgliedstaaten zurzeit

eine schwierige Situation ist. Und ein Land wie China, das die Hälfte allen Stahls auf der Welt produziert, wird sicherlich auch ein Gehör dafür haben, was wir für Probleme haben.

Sie werden während Ihres China-Besuchs auch Shenyang besuchen, eine Metropole im Nordosten Chinas. Der Nordosten Chinas leidet seit kurzem unter einer sehr schwierigen Wirtschaftsrezession. Und die chinesische Zentralregierung plant dort eine massive Strukturreform. Warum besuchen Sie dieses Mal Shenyang? Und wird eine Wirtschaftskooperation zwischen deutschen und lokalen Unternehmen angestrebt?

Ich besuche bei jeder Reise nach China eigentlich eine Region, die ich noch nicht kenne. Und frage dann auch durchaus: Was könnte eine interessante Region sein? Ich glaube, Shenyang ist deshalb interessant, weil Deutschland ja auch solche Strukturreformen und Strukturbrüche erlebt hat. Wenn ich an unser größtes Bundesland, Nordrhein-Westfalen, denke, das auch ein Bundesland war, das sehr stark von Kohle und Stahl gelebt hat, dann kann ich mich sehr gut in die Probleme hineinversetzen. Und deshalb ist es auch wichtig, aber auch sehr mutig, dass China jetzt diese Strukturreformen angeht. Und deshalb interessiert es mich zu sehen: Wie macht man das, welche Pläne hat man? Und dann werde ich schauen, ob wir vielleicht auch mit Rat und Tat zur Seite stehen können.

Vor kurzem hat der Chinesische Volkskongress ein Gesetz zum Umgang mit ausländischen Nichtregierungsorganisationen ratifiziert. Es verbietet ihnen, die sogenannten politischen Aufgaben zu betreiben oder zu finanzieren. Sie haben letztes Jahr während Ihres Besuchs in China die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen hoch gewürdigt. Die neueste Entwicklung wird ihren Handlungsspielraum der Stiftungen jedoch erheblich beschränken. Wie beurteilen Sie das?

Das Gesetz ist ja noch nicht in Kraft getreten; es wird erst zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Und wir werden natürlich jetzt, bei den Gesprächen, dafür werben, dass die, glaube ich, für alle sehr gewinnbringende Arbeit der politischen Stiftungen, aber auch anderer Nichtregierungsorganisationen hier nicht zu negativ beeinflusst wird. Die Definition, was ist politische Arbeit, ist natürlich eine, die man verschieden auslegen kann. Und deshalb werde ich mich bei meinen Gesprächen jetzt auch danach erkundigen: Was sind die Sorgen, die zu diesem Gesetz geführt haben? Aber auch dafür werben, dass die Arbeit, die eine Win-win-Situation ist – für China und für Deutschland: uns näher kennenzulernen –, dass diese Arbeit der Stiftungen weiter möglich ist.